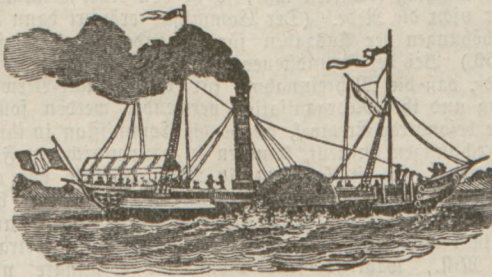


Danziger Dampfboot.

№ 217.

Mittwoch, den 17. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Dießige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: A. Retemeyer's Centr.-Zigs.- u. Annonc.-Bür. In Breslau: Louis Stangen. In Leipzig: Heinrich Hübnert & C. Mgen. In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haafenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 16. Sept. Bei der heute angefangenen Ziehung der 3ten Klasse 126ster Königl. Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 89,303; 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 86,966 und 94,367; 1 Gewinn von 1000 Thlr. fiel auf Nr. 59,629; 3 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 6409, 15,543 und 23,294; 6 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 13,466, 24,519, 45,971, 74,321, 74,696 und 86,200 und 10 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 5300, 14,223, 17,112, 22,534, 25,810, 49,980, 62,430, 64,690, 67,027 und 70,423.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Berlin, Mittwoch den 17. September.

Aufgegeben in Berlin, 12 Uhr 46 Min. Mittags. Angekommen in Danzig, 2 „ 10 „ Nachmitt.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zog der Abg. Stavenhagen während der Budget-Debatte sein bekanntes Amendement zurück. Abg. Wincke nahm dasselbe wieder auf, weil das Haus vielleicht in Folge eines Zwischenfalles jetzt darauf eingehen könnte. Bei der nächsten Position erklärte der Kriegsminister: die Regierung könnte unter gewissen Voraussetzungen auf das Stavenhagensche Amendement eingehen. Für 1863 behalte sich die Regierung ihre Erklärung vor. — Großes Aufsehen. — v. Bockum-Dolffs beantragt Vertagung auf morgen; es wird angenommen. Die Budget-Commission tritt sofort in Berathung. Der Finanzminister und der Kriegsminister versprechen der Commissionsitzung beizuwohnen.

Frankfurt, 16. Sept.

Die gestern zu Homburg stattgefundene Generalversammlung der Actionäre der dortigen Spielbank hat den Antrag der Regierung auf Beschränkung des öffentlichen Spiels und auf allmälige Amortisation der Gesellschaftsactien abgelehnt.

Wien, 16. September.

Das Abendblatt des „Wandrer“ meldet in einem Telegramm aus Belgrad vom heutigen Tage, daß gestern die Türken die serbischen Wachen in Ushiza angegriffen und niedergemetzelt haben. Hieraus folgte ein Kampf, der Abends unterbrochen, heute aber wieder aufgenommen worden ist. Die Türken verloren bei demselben ihre Positionen außerhalb der Festung.

Neapel, Montag 15. Sept.

Pulsky ist in Freiheit gesetzt worden.

Belgrad, 15. September.

Heute verließen 200 Nationalgardisten die Barrikaden und zogen mit den Waffen nach ihren Heimathsdörfern, weil sie den Zweck längerer Wachehens nicht einsehen. Zwei Bataillone der Reserveinfanterie wollten dem Beispiele folgen, wurden aber durch das Versprechen, daß binnen zehn Tagen die Auflösung erfolgen sollte, beruhigt.

Magusa, 15. September.

Die Insurgenten in der Herzogowina legen die Waffen nieder.

Barcelona, Montag 15. September.

Eine Wasserhose hat sich hier entladen. Die Straßen sind in Ströme verwandelt. Die Kisten (?) schwimmen in den Straßen. Die Häuser stürzen ein. Der Schaden ist ungeheuer.

London, Dienstag 16. Sept.

Nach Berichten pr. Dampfer „Hybernia“ aus New-York vom 6. d. ging daselbst das Gerücht, daß die Confederirten nach Harpers Ferry marschiren. Ebenso verlautete gerüchweise von einer bei Poolsville in Maryland gelieferten Schlacht, doch wußte man nichts Bestimmtes. Die Unionisten haben Aquia Creek geräumt. In Washington bewaffnen sich die Beamten. Es ist amtlich bekannt gemacht worden, daß von den Coupons der Bundespapiere, die im Auslande zahlbar sind, keine Taxe abgezogen werden soll, wohl aber von den in Amerika zahlbaren Coupons.

Alexandrien, 15. September.

Aus Hauran geht folgende Nachricht ein: Die noch im Aufstande befindliche Bevölkerung hat das Lager der Türken angegriffen. In Castrovon und Gazir sind Aufstände ausgebrochen. Daoud Pascha wurde zurückgeworfen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

47. Sitzung, Berlin 15. September.

Die General-Discussion über das Militär-Budget wird fortgesetzt. Abg. Graf Bethusy-Huc: Die Rede Gneiss's habe ihn nicht davon überzeugt, daß die Kammer zu der Reorganisation hätten mitwirken müssen. Eine positive Gesetzesverlegung habe also die Regierung nicht beangelt, wiewohl ihr eine Schuld um deswillen beizumessen sei, weil sie durch Annahme eines Provisoriums einen außergewöhnlichen Zustand herbeigeführt habe. Auch sei zu beklagen, daß die Regierung eine Gesetzesvorlage nicht gemacht. Indessen sei durch die Bewilligung von 1861, da damals bereits eine vollendete Thatsache vorgelegen, der Regierung bereits eine Indemnität für den herbeigeführten Zustand ertheilt worden. Eine Zurücknahme der Reorganisation sei unmöglich. Er hoffe, daß aus der Aufregung dieser Debatte sich die Thatsache entwickeln würde, die wir einst nötig haben würden. Abg. Duncker: durch das Verhalten der Regierung und der conservativen Partei sei aus dieser einfachen Frage eine Verfassungsfrage geworden. Die Reorganisation verlege in mehreren Punkten das Gesetz vom 3. September 1814. Die finanzielle Schwierigkeit ergebe sich aus dem bekannten Briefe des Hrn. v. d. Heydt, aus welchem Redner Stellen verliest. Grade die Aufwendung so großer Summen für die Reorganisation mache das Land wehrlos. Der Kriegsminister habe den Aufwand mit dem Credit der Einzelnen verwechselt. Die gleiche Wehrpflicht, die Schonung der Landwehr lasse sich auch durchführen, wenn man streng an dem Gesetz vom 3. September 1814 festhalte. Die Landwehr sei decimirt durch die Reorganisation. Die Ausbildung des stehenden Heeres sei eine Ausbildung des specifischen Preussenthums und hemme deswegen die Vereinigung mit den übrigen deutschen Stämmen. (Am Schlusse der Rede wird auf den Tribünen lebhaft geklatscht, was den Präsidenten zu einer ersten Ermahnung veranlaßt.) Der Finanzminister: Er könne nur eingehen auf die Erklärungen, die er amtlich abgegeben, nicht auf vertrauliche Schreiben, die durch ein Verbrechen veröffentlicht worden. Eine Reduction des Etats für 1862 sei nicht möglich. Die Annahme des Commissionsantrages würde, entgegen den bei der Abredede abgegebenen Versicherungen, den Versuch darstellen, den Schwerpunkt der Gewalt in das Abgeordnetenhaus zu verlegen. Abg. Graf Schwerin: Nur sein persönliches Verhältnis veranlasse ihn das Wort zu nehmen. Abg. von Seiberg habe Angriffe gegen die „neue Aera“ gerichtet. Dieser Ausdruck rühre nicht von seinen Freunden her, sondern von der demokratischen Press, welche Forderungen gestellt, die das damalige Ministerium nicht habe erfüllen können und wollen. Was dies Ministerium gewollt und geleistet, das gehöre dem Urtheil der öffentlichen Meinung an. Der Redner will die Fehler nicht beschönigen, welche seine Verwaltung gemacht und welche er wie seine Freunde vollkommen kennen. So viel von der Vergangenheit. Zur Sache selbst sei das Recht der Häuser Nein zu sagen durchaus und unbestritten vorhanden. Mit demselben Rechte aber, mit welchem die Linke Nein sage, votire der

Redner und seine Freunde mit Ja, weil sie glauben, zum Wohl und Heil des Vaterlandes sei eine im Sinne der Regierung vermehrte und schlagfertige Armee unumgänglich nothwendig. Die Einwände gegen die Vorlage lassen sich in vier Punkten zusammenfassen. Man vermisste ein Gesetz, man wünsche zum Budget für 1863 einen geschicklich motivirten Organisationsplan, man streite über die Gegenläufige einer Volksarmee und eines stehenden Heeres, und endlich über die finanzielle Seite der Sache. Der Redner geht nun zu einer Beleuchtung der Einwendungen über und zu einem Beweise, daß die Regierung bei ihren Unternehmungen in gutem Glauben gehandelt habe; der Erlaß von Gesetzen auf diesem Gebiete sei keine leichte Sache und erheische jedenfalls mehr Zeit, als bis zum Ende dieses Staatsjahres nötig sei; auch würde das Zustandekommen nicht eben leicht sein. Für praktisch halte der Redner den Antrag Stavenhagens, damit werde man am leichtesten den Ausgang finden. Der Gegensatz zwischen Volksheer und stehendem Heer habe in Preußen keinen Boden; von einem sogenannten Parlamentheer sei an einem anderen Orte sehr unzutreffend die Rede gewesen; in diesem Hause werde schwerlich Jemand diese Ansicht theilen. Preußens ruhmreiche Heere hätten alle ihre Großthaten vollbracht unter dem Rufe: „Es lebe der König!“ — So werde und müsse es bleiben auch für alle Folgezeit. Vor und nach der Reorganisation werde die Armee der Grundansicht des Gesetzes vom 3. Sept. 1814 entsprechen, nämlich zu bilden die geschwählig bewaffnete Nation. Auch die finanziellen Bedenken theile der Redner nicht, dagegen wünsche er Rechnung getragen zu sehen der allgemeinen durch das Land verbreiteten Stimmung für die 2jähr. Dienstzeit. Auch in dieser Beziehung empfehle sich der Stavenhagensche Antrag. Der Redner und seine Freunde hätten sich verpflichtet zu sagen im Hinblick auf den König, dem sie Treue geschworen, auf das Land, dessen Interessen sie vertreten, auf die Verfassung, welche sie aufrecht erhalten und beobachtet wissen wollen. (Beifall).

Abg. Schulze (Berlin): Der Allem sei festzuhalten, daß die Regierung das Neue, Ungewöhnliche in den Zuständen wolle, der Redner und seine Freunde das Bestehende aufrecht zu erhalten streben. Es handle sich ja hier nicht allein um die Militärfrage, sondern um das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung, bei dem Etat mitzusprechen zu dürfen. Ein Gesetz werde die Sache auch nicht sofort ändern, das ungeschickliche Provisorium würde dann nach wie vor fortzuern, wenn, was fast zu erwarten, das Gesetz nicht sofort zu Stande kommen würde. Die Frage nach dem guten Glauben der Regierung sei vollkommen gleichgültig für die Wirkung der augenblicklichen Zustände. Die Reichensperger'schen Anträge brächten zu dem guten Glauben eigenthümliche Momente. Bitten dürfe man nicht um die Indemnität, allein würde die Regierung sie mit einem Gesetze in der Hand verlangen, so würde das Haus die Hand dazu bieten; nicht der Volksvertretung, sondern der Regierung gebühre der Vorwurf der Unnachgiebigkeit. Man habe so viel von Verlegung des Schwerpunktes der Verfassung in das Abgeordnetenhaus gesprochen; dieser Schwerpunkt werde verlegt, wenn man der Landesvertretung nur die Pflicht der Bewilligung des Budgets, nicht auch das Recht dazu belege. (Lebhafter Beifall.) Die finanzielle Frage sei höchst bedenklich; gerade das an das Haus gegebene statistische Material zeige, daß man, wo schon im Frieden so gewaltige Mittel erforderlich seien, bei etwaigen Hinzutreten außerordentlicher Ereignisse, alles anwenden müsse, nicht zum Staatsbankrott zu kommen. Der Kriegsminister sei in seinen Ausführungen viel zu leicht über diese Frage hingegangen. Man nehme gar keine Rücksicht auf andere Staatsbedürfnisse; die Noth im Lehrstande sei größer als die im Wehrstande; man möge sich hüten, den geistigen Defekt um sich greifen zu lassen, der uns droht.

Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff: Es ist unrichtig, daß die Kgl. Staatsregierung anerkannt habe, sie bedürfe einer Indemnität II. Sie kann dies nicht anerkennen, da die Regierung nur ihre Pflicht erfüllt hat. Eine Aeußerung des Vorredners ging dahin, daß wir ohne Einigkeit im Innern nicht segten nach außen. Dies führt mich dahin, einige Worte zu sagen über den Einfluß, welchen der jetzige innere Kampf auf unsere Stellung zum Auslande hat. Vorweg kann ich nur tief bebauern, daß über die Lippen eines preussischen Abgeordneten die Aeußerung von der Mißachtung Preu-

hens im Auslande gekommen ist. (Unruhe.) Es freut mich, daß der Abgeordnete für Stargardt (v. Vinke) in so bereiter Weise darauf geantwortet hat. Ich leugne es, daß in den auswärtigen Angelegenheiten Preußens eine Mißachtung desselben besonders hervorzugetreten sei. Wohl aber hat die Politik vielfach Widerstand erfahren, und dieser wird bestärkt durch den Zwiespalt zwischen der Kgl. Staatsregierung und der Landesvertretung (lebhafter Zuruf links: Sehr richtig!). Man glaubt im Lager der Gegner, daß Preußen zu keiner Action fähig sei, so lange dieser Zwiespalt besteht. (Beifall: Sehr wahr!) Man täuscht sich zwar darin; wir werden, wenn es nöthig ist, es durch die That widerlegen. Auch ist wohl noch genug Patriotismus in diesem Hause, um, wenn es darauf ankommen sollte, der Regierung dazu die nöthigen Mittel zu bewilligen. Die Pflicht des hohen Hauses ist es aber auch, die Regierung nicht moralisch zu schwächen. Das würden Sie thun, meine Herren, wenn Sie das Budget verweigerten. (Unruhe, Widerspruch.) Die Ablehnung der Marine-Vorlage durch Ihre Commission hat in Dänemark Schadenfreude erregt; die dortigen Zeitungen sind voll davon. Meine Herren! Um eine energische, kräftige, großartige Politik zu verfolgen, dazu bedarf Preußen eines starken, schlagfertigen Heeres; hat es ein solches nicht zur Verfügung, so kann es nur eine Kleinstaatspolitik führen, die, glaube ich, wohl Niemand hier beabsichtigen wird. Ich appellire an Ihren Patriotismus und beschwöre Sie, vom Commissions-Entwurf abzugeben, und die Vorlage der Regierung zu genehmigen.

Abg. v. Bonin (Stolz). Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei eine Verfassungsbestimmung, und die Regierung würde ihre Pflicht verlegt haben, wenn sie diese Bestimmung nicht endlich ausgeführt hätte. Die Vortheile der gegenwärtigen Einrichtung lassen sich nicht verkennen. Die Organisation sei das Werk unserer Militärdienste alt gewordenen Kriegsherrn. Jeder wolle ein starkes Königthum, und dann dürfe man nicht dazu beitragen, durch ein verneinendes Votum die Autorität der Krone zu untergraben.

Abg. Oettrath: Dieselben Gründe, welche ihn bei seiner früheren Abstimmung geleitet hätten, seien es, die ihn heute bestimmen, für die Commissions-Anträge zu stimmen. Es lasse sich nicht streiten, daß in Bezug auf die Leitung des Heeres der Krone gewisse Prärogative zuzutheilen, deshalb müsse eine Aenderung auch von ihr ausgehen. Das seien die Gründe, weshalb er für die Commissions-Anträge stimme. Da sich in der Commission herausgestellt, daß von einem Entgegenkommen der Regierung nicht die Rede sei, so könne er auch dem Antrage Reichenspergers nicht beitreten; würde für 1863 eine Einigung herbeigeführt, so würde Niemand daran denken, für 1862 die Ausgaben zu streichen. Die Anträge der Commission würden einen endlichen Abschluß der Frage herbeiführen (Bravo).

Reg.-Commissar Geh. Rath Moelle: Meine Herren, es ist nicht meine Schuld gewesen, wenn die Entscheidung über die Finanzlage erst hier im Hause gegeben wird. Sie müssen mir nachgeben, wenn ich Sie mit trockenen Zahlen hier so belästige, wie es von dem Abg. für Oppeln so eben geschehen ist (Heiterkeit). Er hat nachzuweisen gesucht, daß der Abschluß in Wirklichkeit sich anders stellt, als er aus den, dem hohen Hause vorgelegten Mittheilungen sich erzieht. Ich kann dem in keiner Weise nachgeben. Der Etat für 1861 beruhte auf der Annahme, daß die Kosten der Reorganisation im ersten Semester aus dem Credit von 9 Millionen, soweit derselbe noch vorhanden war, gedeckt werden sollten. Diese Summe ist in dem Etat als extraordinärer Zuschuß von (soweit die Entfertigung auf der Tribüne ein Verständnis ermöglichte) 1,433,000 Thlr. erwähnt. Der Redner hat andere Zuschüsse erwähnt, die in Gegenrechnung zu stellen seien, 290,000 Thlr. Einnahme aus dem Cautionsdepositum, eine andere 947,000 Thlr. (?), ferner 20,000 Thlr. aus dem Betriebsfonds der Auseinandersetzungsbehörden, denen eine ganz gleiche Ausgabe gegenübersteht. Ich kann nicht anerkennen, daß man bei dem Abschluß diese 1,749,000 Thlr. entgegenrechnet. Der Etat pro 1861 schloß mit einem Deficit von 2,166,000 Thlr.; der Abschluß ergibt, daß es aus den laufenden Einnahmen vollständig gedeckt ist, und daß außerdem ein Ueberschuß von 511,315 Thlr. verblieben ist. Der Herr Abgeordnete hat darauf hingewiesen, daß die Einnahme-Reste eigentlich hier nicht mit in Betracht gezogen werden könnten, weil sie nicht als disponibel anzusehen seien, sondern eigentlich auch dem Staatschatz gebühren, das kann ich nicht anerkennen. Die Einnahmen eines Jahres bestehen einmal in solchen, die auf die laufende Verwaltung, dann in solchen, die auf Kosten aus dem Vorjahre angewiesen werden. Beide zusammen bilden die wirklichen Einnahmen für das betr. Jahr. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß außer den Einnahmen von 1861 noch zu berücksichtigen sind die 11,233,000 Thlr. baar Geld in den Staatskassen, die reservirt werden müssen, um in jedem Falle die Ausgaben zu decken, auf denen aber keine Verpflichtungen ruhen. Der Hr. Abg. hat darauf hingewiesen, es seien diese Einnahmen in Betracht gezogen für Ausfälle, die von franz. Handelsverträgen sich ergeben möchten. Diese Ausfälle werden erst 1863 eintreten; inzwischen haben sich die Einnahmen wesentlich anders gestaltet. Die Zölle sind in diesjährigen Etat ca. 1,000,000 Thlr. niedriger veranschlagt, als sie schon im laufenden Jahre sich ergeben werden. Der Hr. Abg. hat auf meine Bemerkung Seite 4 hingewiesen, wo die einzelnen Bestände der Staatskasse specificirt sind. Der Commissar sucht die einzelnen Folgerungen zu widerlegen. Er fährt dann fort: man hat gesagt, unsere Staatskassen hätten sich seit 1849 verdoppelt; ich habe die Nachweisungen vorgelesen, wie sich die Staatskassen von 1849 gegen 1863 gestaltet hat, es ergibt sich daraus, daß nach dem Etat von 1863 die Schulden 254 Mill., im J. 1849 149 Mill. betragen. Die Verneinung beträgt nur 104,312,000 Thlr. woranther sich, wohl zu merken, befinden 77,572,000 Thlr. für Eisenbahnbauten, welche Zinsen, Amortisation

und Ueberschuß gewähren. Auch die Bemerkung des Redners über das Deficit ist unrichtig. In dem Etat pro 1862 ist das Deficit auf 3,333,000 Thlr. angegeben; wenn man aber die wirklichen Einnahmen des ersten Semesters dieses Jahres und die wirklichen Einnahmen aus dem zweiten Semester vorigen J. in Betracht zieht, so ergibt sich ein plus von 2,161,000 Thlr. Wenn Sie nun annehmen, daß jedenfalls im zweiten Semester h. j. eine gleiche Mehreinnahme zu erwarten als im ersten, so kann mit voller Sicherheit erwartet werden, daß in Wirklichkeit ein Deficit sich nicht ergeben wird. Außerdem ist eine Million Thaler aus der Restverwaltung zu erwarten. Da auch für den Etat pro 1863 das Deficit an sich 3,180,000 Thlr. ermäßigt, und aus den wirklichen Einnahmen sich wiederum ein erhebliches Mehr gegen den Anschlag erwarten läßt, so ist von einer Calamität hier nicht die Rede. (Der Commissar erörtert dann die Erhöhungen der Ausgaben für die andern Ressorts seit 1856.) Bei der Grundsteuer war immer nur davon die Rede, daß die Mehreinnahme für die Militär-Verwaltung und ihre Reorganisation verwendet werden sollte. Die besonderen Exempel, welche die Commission in ihren Berechnungen aufstellt, kommen zu ganz unrichtigen Folgerungen. Es ist für 1863 ein Mehrbedürfnis von ca. 9 1/2 Mill. in Aussicht genommen und die Commission hat berechnet, daß nur 6 Mill. auf dem Etat stehen. Dann ist in dem Bericht noch gesagt, der Militär-Etat betrage 40 Mill., während für Schullehrer-Seminare nur 170,000 Thlr. zc. auf den Etat gebracht seien. Der Abg. v. Vinke hat schon in Bezug auf die Elementarschulen bemerkt, daß die Unterhaltung der Schulen Sache der Gemeinden sei; ich kann noch hinzufügen, daß wenn irgend Zuschüsse für Elementarschulen in Anspruch genommen worden, dieselben nicht in einem Falle zurückgewiesen worden sind, sobald das Bedürfnis dazu nachgewiesen worden. Nun bezog ich nicht, wie man den Militär-Etat und diese Anstalten vergleichen kann und den Maßstab finden will um zu beurtheilen, wo zu viel, wo zu wenig ausgegeben werde. Dann ist auf das Steigen der Klassensteuer, der Einkommensteuer hingewiesen worden; der Steuerdruck wird so lange schon behauptet, als überhaupt Steuern bestehen. Es würde als ein Unglück zu bezeichnen sein, wenn die directen Steuern nicht im Steigen wären, denn der Wohlstand und die Bevölkerung nimmt zu. Ich glaube hiermit darzuthun zu haben, daß es so schlimm mit der Finanzlage unseres Staates nicht steht, wie der Abg. Oettrath ausgeführt hat.

Ein Schlußantrag ist von den Abg. Plüder und Heidenreich eingebracht. Die Rednerliste weist zunächst nach: für die Commission die Abg. Freie, Faucher, v. Jordanke, dazugegen Zweiten, v. Sanger, Kühne, v. Auerswald, im Ganzen aber noch über 40 Mitteilungen; der Schluß, für den sich nur ein größerer Theil der Fortschrittspartei erhebt, wird abgelehnt. Inzwischen hat sich zum Worte gemeldet

Der Kriegsminister: Man hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Reorganisation noch nicht gesetzlich festgestellt sei. Das räume ich ein. Es ist vollständig richtig, insofern die Reorganisation Veränderungen der bisherigen Pflichten in Anspruch nimmt; insofern sie dies nicht thut, haben wir im Gesetz vom 3. Sept. 1814 die gesetzliche Grundlage. — Wenn darauf hingewiesen, daß es bei dieser Frage sich um die Vertheidigung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes handle, so meine ich, daß es Pflicht ist, seine Rechte zu vertheidigen, aber kein billiger Denker sollte daraus der Regierung einen Vorwurf machen, daß sie die ihr anvertrauten Rechte vertheidigt. Ich behaupte aber, daß die Regierung solche Angriffe nicht gemacht habe. Der Abg. für Anklam hat in überzeugender Weise darzuthun, daß ein Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung nicht beabsichtigt worden. Ich schleße mich seiner Ausführung vollkommen an. Man sollte übrigens nicht mit einem Gespenste scheitern, das nicht existirt. — Was die Anklage betrifft, daß es sich um Eliminierung oder Beschränkung der Landwehr handle, so ist es meine Ansicht, daß die Landwehr sehr gut zur Vertheidigung des Landes zu verwenden ist. Es ist richtig, daß die Reorganisation über die Stämme der Landwehrbataillone zur Formirung der neuen Infanterieregimenter disponirt, aber es ist auch Fürsorge für Erziehung getroffen. Der angebliche Widerspruch zwischen den Aeußerungen meines Commissars und meinen eigenen, ist gelöst. Er erklärt sich sehr leicht daraus, daß jene Formel abgefaßt war vor dem Einlaufen der neuesten Beständenanweisungen.

Es ist richtig, daß die Linie der Landwehr ausbessern soll, aber nicht dadurch, daß sie ihre Räder auszieht und der Landwehr giebt. Für einen Theil der Landwehr sind neue Bestände vorhanden; für den andern Theil ist in anderer Weise georgt. — Was den angeblichen Mangel an Landwehrofficiern betrifft, so haben wir jährlich 20000 Freiwillige. Von diesen erhalten zwischen 6 bis 800 das 3. und 4. Jahr der Qualifikation zu Landwehrofficiern. Dann geht die Angelegenheit an das Officiercorps. Daß eine Stockung eingetreten, ist mir nicht bewußt.

Ich komme nun zu dem verehrten Abg. Schulze-Delitzsch oder B. (Heiterkeit). Dieser nimmt an, daß das, was bestr. nicht bestr., sondern daß das besteht, was bestr. und insofern hält er sich für conferant. Damit ist aber nichts für die vorliegende Frage gechehen. Wenn das Haus annähme, daß die Reg. sofort nach dem Votum die Organisation aufhöben würde, so würde ein verneinendes Votum keine Aussicht auf Erfolg haben. Nur weil man weiß, daß die Reg. dies nicht thut und nicht thun kann, darum tritt man ihr so gegenüber (oh! oh!), um sie in die Alternative zu bringen, entweder pflüchtet er sich das Land in eine schlimme Lage zu bringen, es wehrtos zu machen, oder in einen Conflict zum Schaden des Landes und aller verfassungsmäßigen Rechte einzutreten. Die Abg. v. Patow, v. Vinke, Graf von Schwerin haben überzeugend nachgewiesen, daß die Reg. dem Beschluß nicht Folge leisten kann. Hinsichtlich der Indemnität bin ich mit dem Abg. v. Patow einverstanden; eine solche Indemnität, wie er meint — durch blo-

hes Vorlegen des Budgets — will auch die Reg., das Haus ist aber damit nicht zufrieden. — Auf die 2 jäh. Dienstzeit will ich nicht eingehen, weil die Frage bei dem Budget für 1862 von keiner Bedeutung ist. Doch will ich noch anführen, daß die Organisation in ihrem Grundgedanken gar nicht an eine bestimmte Dienstzeit gebunden ist, denn die Reg. hat, ohne von den Principien der Reorganisation abzuweichen, factisch bereits die 2jäh. Dienstzeit eintreten lassen. Ich will nur constatiren, daß selbst wenn die Reg. auf eine Herabsetzung der Dienstzeit auf 2 Jahre für 1863 eingehen wollte, sie dazu nicht in der Lage sein würde, weil dabei noch verschiedene Fragen technischer Natur in Betracht kommen. Der Abg. ist dann auf den Ausgleichungsversuch zurückgekommen, den ich unternehmen habe: die Art und Weise, wie er sich darüber ausgesprochen, ist so angehtan, daß ich den Versuch nicht erneuern werde. Ich will nicht in den wenig urbanen Ton des Vorredners einstimmen; aber ich glaube, daß man mir nicht einen Vorwurf daraus machen kann. Ich habe sehr viele Mängel und Schwächen, aber so leicht eingeschüchert werde ich nicht (Beifall rechts).

Der Präsident schlägt vor, nach den persönlichen Bemerkungen, die Debatte zu vertagen. Das Haus stimmt bei. — Abg. v. Vinke (Stargardt) gegen v. Carlow's Entgegnung: Dieser solle nicht vergangene Zeiten tadeln, in denen er noch nicht Preuze gewesen, er solle nicht den Staat tadeln, wenn es nur Minister betreffe. Gegen den Kriegsminister: Die Regierung sollte an dem bloßen Worte „Indemnität“ sich nicht stoßen, sondern wenn man darauf Gewicht lege, sie nachsuchen. Er habe dem Finanzminister das bereits privatim gesagt. — Der Kriegsminister: So großer Werth die Regierung auf den Beistand des Abg. für Stargardt lege, so könne er doch dessen Meinung nicht beitreten. — Abg. Schulze (Berlin) berichtigt den Kriegsminister in Bezug auf die der Görning'schen Berechnung vorgeworfenen Mängel. Gegen die „unerhörte“ Manier des Ministers, Aeußerungen von Mitgliedern außerhalb des Hauses hier vor Gericht zu ziehen, erwidert er: der Vorwurf der „Nichturbanität“, für den ein Ordnungsruf gebührt habe, sei selbst nicht urban gewesen. — Der Vicepräsident Behrend: Die Entscheidung über Ordnungsrufe stehe dem subjectiven Ermessen des Präsidenten zu, im gegebenen Falle habe er einen Ordnungsruf nicht ergehen lassen können, da der Herr Minister nicht die Ehre habe, Mitglied des Hauses zu sein (Heiterkeit). — Abg. Waldeck befreit ob der Präsident nicht zum Ordnungsruf gegen einen Minister berechtigt sei. „Wir sind rechtlos, wenn der Präsident uns nicht in den Schutz nimmt gegen ein derartiges Verfahren, wenn uns Geschichten vorgebracht werden, wie die eben gehörten, in Ausübung unserer Pflicht“ (Unruhe zur Rechten). Der Präsident: Ich stelle dem Herrn Abg. anheim, einen Antrag deshalb zu formuliren. — Der Finanzminister: Er habe zu erklären, daß die Minister Sr. Maj. des Königs auch als Abgeordnete sich einem Ordnungsruf des Herrn Präsidenten nicht unterwerfen werden, daß sie nicht anerkennen, als Minister unter der Disciplin des Herrn Präsidenten zu stehen (Sensation).

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Vinke und Schulze (Berlin) erklärt Vicepräsident Behrend: Er erachte es der Würde des Hauses für angemessen, zu erklären, daß die Aeußerung des Ministers, er würde sich auch als Mitglied des Hauses einem Ordnungsruf nicht unterwerfen, die Würde des Hauses verlege. (Beifall).

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Handschau.

Berlin, 16. September.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses fand bei der ersten Abstimmung über die Mehreinnahme-Position, welche aus der Reorganisation entsteht, die prinzipielle Sonderung der Parteien statt. Der Commissionsantrag wurde mit 273 gegen 68 Stimmen angenommen. Mit der Minorität stimmten die Fractionen v. Vinke, v. Rönne, (Glogau); außerdem die Abgeordneten Grabow, v. Mallinkrodt, Plazmann, beide Reichensperger, Twesten, v. Sybel u. Stavenhagen. Die Reichensperger'sche Präjudicial-Antrag wurde mit allen gegen 20 Stimmen abgelehnt.

— Die „B. u. H.“ brachte eine Notiz über eine angebliche Göttesströmung der Königin von England, die der „B. u. H.“ nun von beinahe uninteressanter Seite auf das Entwidene dementirt wird. Das Ereigniß, wird diesem Blatte geschrieben, welches jzt ihre Familie und den Hof erschreckt, wird von der deutschen Nation nicht als Symptom vermindert Götteskraft aufgefaßt werden. Prinz Alfred, der präsumtive Erbe von Geburg-Gotha, hatte sich im englischen Marinedienst erlaubt, eine Stunde über den Urlaub auszureiben. Der Beschäftigter zeigte dies an und fragte, wie er sich zu verhalten habe. Die Königin befahl die strengste Strafe, welche das Gesetz kennt. Sie lautet 2 Monate Gefängnis und ein halbes Jahr Zurücklegung in Avancement. So mußte der Prinz, der erst nach Reinbardebrunn gekommen war, sofort wieder in den Arrest abreißen.

Wei mar, 12. Sept. Die Versammlung deutscher Volksvertreter ist endgültig hierher ausgeschrieben und soll am 28. d. M. beginnen. Herr Fries bildet hier ein Vorbereitungs-Comité aus jetzigen und ehemaligen Volksvertretern.

Kopenhagen, 13. Sept. Das heutige „Dagbladet“ enthält einen mehr als vier Spalten langen Artikel, worin es sich über die Situation ausdrückt. Es untersucht die Bedeutung der preußischen Stettenslände und die Ziele der Politik und kommt zu dem Resultat, daß Dänemark noch einige Zeit Preußen überlegen bleiben

Könne, wenn auch vielleicht nicht immer. Herr Hartort habe Dänemark durch seine Offenheit einen großen Dienst geleistet, daß die andern Großmächte unter keiner Bedingung den Kieler Hafen und die Eingänge zur Ostsee in andere Hände sehen könnten, als in denen des kleinen Dänemarks, sei eine abgemachte Sache. Eine völlige Aussonderung Holsteins sei deshalb auch nicht gethan, vielmehr seien die Argumente der Gesamtstaatsmänner in dieser Rücksicht wohl zu beachten. Holsteins Austritt aus dem Bunde sei das Beste, da dies aber nicht zu erreichen, müsse man sich mit einer partiellen Aussonderung zu befrieden suchen, die zwar Nachtheile für Dänemark mit sich führe. Von einer vollständigen Trennung, welche alle Gemeinschaft außer der Dynastie verschwinden mache, könne nicht die Rede sein, doch findet „Dagbladet“ die Bildung einer besondern helsteinischen Heresabestellung unbedenklich. Der Artikel ist für „Dagbladet“ Standpunkt um so merkwürdiger, da er gleichsam die Unmöglichkeit eines Gesamtstaates, eines constitutionellen nämlich, zu bedauern scheint und vollkommen sich bewußt ist, daß das Aufgeben des Gesamtstaates für Dänemark mit großen Verlusten und Gefahren verbunden ist. So heißt es z. B.: „Zur Einkunft in das Ganze, welches die Monarchie bisher gebildet hat, jede Aussonderung von Holstein enthält eine Machtverminderung für Dänemark und ist deshalb schädlich.“

Paris, 12. Sept. Der Kaiser befindet sich, angefaßt der Entscheidung, mit der die öffentliche Meinung des gesammten Europas einschließlich aller nur irgend einigermaßen unabhängigen französischen Blätter auf eine endliche Lösung der römischen Frage dringt, offenbar in Verlegenheit. Und doch will er sich noch zu keiner Entscheidung bequemen. Alle Bemühungen von italienischer Seite, in der römischen Frage Concessionen zu erhalten, hat der Kaiser vorläufig mit der Erklärung zurückgewiesen, daß er vor seiner Rückkehr aus Biarritz von der Sache nichts hören wolle, und daß er jedenfalls, ehe er sich zu irgend etwas verstehe, erst die Stimme Frankreichs hören müsse, daß er also lediglich versprechen könne, gleich bei Eröffnung der bevorstehenden parlamentarischen Session, Senat und gesetzgebenden Körper in den Stand zu setzen, sich über die römische Frage auszusprechen. In Folge dieser Antwort, die neuerdings auf ein dringendes Schreiben Victor Emanuels erfolgte, in dem die Gefahren der jetzigen Situation dem Kaiser nochmals an's Herz gelegt sind, habe, so versichert man weiter, das Ministerium Ratazzi beschließen, die Session der italienischen Kammer zu schließen. Da dieselben aber spätestens am 15. Dec. wieder zusammentreten müssen, habe sich der Kaiser herbeigelassen, die Einberufung des gesetzgebenden Körpers zu gleicher Zeit anzuberaumen und zwar auf den 10. Dec. demütigend Andenkens. Ob dies bishertigen, scheint mehr als zweifelhaft. Die französische Regierung dürfte vielmehr sich zu Neuwahlen entschließen, um inzwischen allen ihren Einfluß aufzubieten zu können, eine Kammer ganz im Sinne derjenigen Politik zusammenzubringen, die jetzt in den Freuenge- wächern zu Biarritz gepredigt und durch Herrn Laguerre's Vermittlung dem profanum vulgus publicum in der „France“ aufgesetzt wird. Wenigstens verlautet mit großer Bestimmtheit, daß Balawski am 15. Sept. mit dem Auflösungsdecret nach Paris zurückkehren werde, um dasselbe sofort im „Moniteur“ zu veröffentlichen, einer Veröffentlichung, der dann noch vor den Neuwahlen ein kaiserliches Manifest an die Nation folgen würde.

London, 12. Sept. Der ministerielle „Globe“ berichtet die letzten an Dänemark von Oesterreich und Preußen gestellten Forderungen und bezeichnet dieselben als einen Angriff auf die Unabhängigkeit und Integrität des dänischen Staates. Der „Globe“ ist freilich auch der Ansicht, daß der ganze Streit nur deshalb geführt wird, um Kiel als Hafen für die deutsche Flotte zu erwerben.

Es heißt, der Erzbischof von York würde Primas von England werden, an seiner Stelle der Bischof von London zum Erzbischof von York, und der jetzige Erzbischof von London zum Bischof von London erhoben werden. Uebrigens ist das Einkommen des Bischofs von London, 40,000 Pfd. jährlich, größer als das eines der beiden Erzbischöfe.

Kotales und Provinzielles.

Danzig, den 17. September.

[Stadtverordneten-Sitzung am 16. Septbr.]

Vorsitzender: Herr Justizrath Walter; Magistrats-Commissarius: Herr Stadtrath und Kammerer Strauß. Anwesend 50 Mitglieder. Die öffentliche Sitzung beginnt um 5 Uhr, nachdem zuvor eine geheime gewesen, in welcher über die Oberbürgermeisterwahl beraten worden. Vor der Tagesordnung ergreift Herr J. C. Krüger das Wort. Ich habe, sagt der Stadtverordnete, mir das Wort zu einer Interpellation an den Magistrats-Commissarius event. an den Magistrat selbst vorbehalten. Dabei halte ich es natürlich für meine dringende Pflicht, die Gründe derselben anzuführen. Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß, soll die freie Presse uns den Vortheil gewähren, den wir von ihr beanspruchen dürfen, so darf kein Mensch, so darf insbesondere keine Behörde, wenn auch nur scheinbar begründete Vorwürfe, gegen sie erhoben werden, sich für zu erhaben halten, dieselben zu ignorieren. Sie hat vielmehr, ist sie dazu im Stande Irthümer aufzuklären oder gar die gegen sie erhobenen Anklagen zurückzuweisen, die Pflicht, dies auch zu thun. Diese Pflicht hat sie nicht allein in ihrem eigenen Interesse zu üben, sondern auch im Interesse derjenigen, welche den Tadel lesen. — Unsere Versammlung befindet sich in einer Situation, welche ihr mit aller Strenge gebietet, diese Pflicht zu erfüllen. Deshalb bringe ich folgende Interpellation ein: „In No. 1484 der D. Z. vom 9. d. M. wird aus einem Briefe eines früheren Pilsarztes des Lazareths, des Herrn Dr. Bleiböser zu Gumbinnen, die Mittheilung

gemacht, daß vom April 1859 bis April 1861 durch die ungünstige Pocalität der Anstalt 81 Kranke ihren Tod fanden. (Zu dem Briefe heißt es wörtlich: von 53 Wöchnerinnen, die in der Anstalt geboren hatten, starben 14, zehn davon an Kindbettfieber, 1 an Gebärmutterzerebration, 1 an Nierenwasser, 1 an Eclampsie. Nicht gerechnet sind dabei die auf der inneren Station behandelten Wöchnerinnen. Wandrose ist in 42 Lazarethbrand in 20, Eitervergiftung des Blutes in 19 Fällen, zusammen in 81 Fällen durch lokale Schädlichkeit bedingt gewesen. In den 19 Fällen von Eitervergiftung des Blutes erfolgte in 17 der Tod, in 2 Verheilung und sehr verzögerte Heilung. Wandrose und Lazarethbrand bedingten oft verzögerte Heilung, Entstellung, Verstümmelung und selbst den Tod in zwei Fällen. Größere Operationen endigten meist mit dem Tode.) — Die Presse spricht ihren Tadel darüber aus, daß die Communal-Behörden, folglich auch wir, nicht rechtzeitig ihre Schuldigkeit gethan, um durch bauliche Veränderungen diese Uebelstände zu beseitigen. Sie ist zu diesem Tadel um so mehr berechtigt, als es ihn nicht fremd sein wird, daß es in der Instruction für die Herren Oberärzte der Anstalt in §. 25 heißt: „Die Oberärzte sind verpflichtet, jährlich einen Bericht über „den im Jahre stattgefundenen Krankheitszustand ihrer Abtheilung nebst Angabe der Haupterscheinungen dem „Magistrat zu erstatten“; ferner: „über Gegenstände des „Hospitals, sobald es von dem Magistrat oder von dem „Vorsteher-Collegium verlangt wird, Gutachten abzugeben.“ In wie weit der Magistrat derartige außergewöhnliche Berichte gefordert, ist mir nicht bekannt. Die Vorsteher der Anstalt behaupten, daß sie in ihren wöchentlichen Conferenzen stets die Frage an die Herren Oberärzte gerichtet, ob sie erhebliche Wünsche oder sonst Erhebliches in Betreff des Lazareths mitzubringen. Niemand seien ihnen aber derartige Facta und deren Ursachen von den Herren Oberärzten mitgetheilt, wie solche aus dem Briefe des früheren Assistenzarztes Dr. Bleiböser drei Jahre später bekannt geworden. — Ich frage nun den Herrn Magistrats-Commissarius: 1) Sind die Herren Oberärzte des Lazareths ihrer Verpflichtung, welche ihnen der §. 25 ihrer Instruction auferlegt, nachgekommen und haben sie die vorerwähnten Facta, welche aus dem Briefe des Dr. Bleiböser ersichtlich, speciell dem Magistrat berichtet? 2) Und wenn hieran nicht zu zweifeln, warum hat der Magistrat derartige wichtige Berichte der Stadt-Verordneten-Versammlung bisher vorenthalten? 3) Warum hat der Magistrat nicht sofort das Erforderliche veranlaßt, damit der Stadt-Verordneten-Versammlung Vorlagen zugegangen, um die Gelder zu bewilligen, welche nöthig waren, derartige Uebelstände, so weit solches an und für sich möglich, zu beseitigen? Sollte der Hr. Magistrats-Commissarius sich nicht in der Lage befinden, diese drei Fragen sofort positiv zu beantworten, so beantrage ich, daß dieselbe in nächster Sitzung von Seiten des Magistrats schriftlich oder mündlich beantwortet werden. — Der Herr Magistrats-Commissarius wird diese Interpellation um so begründeter finden, wenn derselbe erwägt, daß dieser Versammlung nicht die Executive zusteht, daß sie nur die Pflicht hat zu controliren, ob die Gelder, welche sie zu gewissen Zwecken bewilligt, auch zweckentsprechend und nutzbringend ausgegeben werden, daß sie ihrer Pflicht dadurch nachkommt, indem sie dem §. 25 der Instruction für die Oberärzte ihre Zustimmung giebt und daß ferner in dem alljährlichen Bericht des Lazareths, welcher uns zugegangen, nur im Wesentlichen enthalten ist, wie viel Kranke die Anstalt im Verlauf des Jahres aufgenommen, wie viel Geheile entlassen, wie groß die Zahl der verbrauchten Medicamente, wie viel dieselben gekostet, was die Verpflegung der Kranken des Tags gekostet. Da nun eben jene Berichte weiter nichts Erhebliches enthalten, wir andererseits berechtigt waren, anzunehmen, daß den Oberärzten sowohl wie dem Magistrat der §. 25 der Instruction für die Ersteren erinnerlich sein mußte, so war die Versammlung berechtigt anzunehmen, daß nichts Erhebliches sich in der Anstalt zugezogen. — Der Herr Magistrats-Commissarius erklärt, die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten zu wollen. Es beginnt die Tagesordnung, indem zur Wahl von 6 neuen Stadt-Räthen geschritten wird. Wiedergewählt wird Herr Dohenhoff mit 36 von 49 Stimmen, an Stelle des Herrn Heyn wird gewählt: Hr. Preußmann mit 41 von 48 Stimmen, S. Mix II. wird wiedergewählt mit 46 von 48 Stimmen und gleichfalls Herr Lemke mit 45 von 48 Stimmen; für Hr. Reinick wird Hr. Petchow mit 34 von 47 Stimmen und für Hr. Seeger Hr. Franz Dürand mit 25 von 47 Stimmen gewählt.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht verließ gestern Mittag die Gazette, kam per Boot nach der Stadt, stieg im Englischen Hause ab und fuhr mit dem Schnellzuge direkt nach Berlin. Hochdieselben hatten sich jede Empfangsfeierlichkeiten verberien; die Herren Stabs-Offiziere der Marine ließen sie sich aber doch nicht nebuen, ihren Hrn. Admiral auf dem Bahnhofe in großer Uniform zu empfangen und zu bewillkommen.

— Der hiesige Zweigverein der Schillerstiftung hielt gestern Abend in der Aula der Handels-Akademie eine Versammlung. Verhandlungsgegenstand war die Instruction für den nach Weimar abzuhaltenden Abgeordneten, wo am 6. und 7. Oct. die „Erste General-Versammlung der Schillerstiftung“ abgehalten werden soll. Nach dem sehr umständigen und mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrage des Vorsitzenden, Hrn. Oberlehrer Oswald Stein, beschloß die Versammlung einstimmig, alle von hier ausgehenden Anträge zur Wahrung der ursprünglichen Ideen der Schillerstiftung hinzuwirken. Fünf Punkte waren es vorzugsweise, welche, in Uebereinstimmung mit mehreren andern Zweigvereinen, in diesem Sinne zu behandeln beschlossen wurden. Die Schiller-Lotterie hat für die Schillerstiftung einen Reinertrag von 300,000 Thatern ergeben. Der Festz und die Verwaltung dieser Summe soll in dem ursprünglichen Sinn der nationalen Stiftung geregelt werden. Eine Akademie als höchste Autorität für die schöne Literatur Deutschlands aus der Schiller-Stiftung herborgehen zu lassen, hält der hiesige Zweigverein weder für zeit- noch für zweckmäßig. Die Vertheilung der Namen der von der Schillerstiftung Unterputzten

will der hiesige Zweigverein nur dem untheilhaftigen Publikum gegenüber, nicht aber den Mitgliedern der Stiftung gegenüber gelten lassen, ohne den speziellen Wünschen einzelner Unterputzter, ungenannt zu bleiben, entgegen zu treten. Ehrenmitglieder mit allfälligen Ansprüchen auf lebenslänglicher Pension zu ernennen, will der hiesige Zweigverein nur der Generalsammlung zugestehen, dem Verwaltungsrathe nur den Vorschlag dazu. Die Befugnisse, die dem Generalsecretär der Schillerstiftung in zu weitreichendem Umfange zugestanden werden wollen, wünscht der hiesige Zweigverein auf das dem Stiftungszwecke entsprechende Maaß zurückzuführen. Als Abgeordneter des hiesigen Zweigvereins zur General-Versammlung wird Hr. Prof. Bobrik nach Weimar gehen.

— In der Katharinenstraße werden am nächsten Freitag, Sonnabend und Dienstag von denjenigen Lehrern Probelectionen abgehalten werden, welche sich um die neuen Stellen an derselben beworben haben.

— Mit dem nächsten Monat wird in der hiesigen Handelsschule ein neuer Curus beginnen.

— Collub. Der Pfarrer Ossawiski aus Lobdowo ist wegen Verdachts der Ehehahme an dem Morde des unehelichen Kindes seiner Wittbin Marie Wrogzinska nachdem er sich, als die Ausgrabung der Kindesleiche angeordnet war, heimlich entfernt hatte, auf Befehl des königlichen Kreis Gerichts in Straburg steckbrieflich verfolgt worden und bereits ergriffen.

Königsberg. Vor Kurzem kam hier wieder ein russischer Flüchtling, der Kunstgärtner B., von den jenseits unmittelbar an der Grenze liegenden acht Meilen großen Besitzung des Fürsten Dinski an, der von Berlin dorthin verlockt, mit hohlen Versprechungen abgefutert, hinarbeit und tyrannisiert wurde. Er entriß sich in einer schönen Nacht seiner strengen Ueberwachung, kletterte über zwölf Zäune und lief spornstreichs zur Grenze, wo er gegen einen Silberbell von einem polnischen Juden bei Tauragen überhumpelt wurde, während die berittenen Heyduken des Herrn Fürsten ihm nachsetzten und vergeblich an Memels Grenze aufsuchten. Der Herr Fürst, der schon früher einige von Memel hingelockte deutsche Maler ins G-fängniß werfen ließ, weil diese Leute Lohn, Recht, Freiheit begehrten, hat sich an den Kleibern des Gärtners gekündigt. In fünf Jahren ist dies der achte deutsche Gärtner, welcher dem Dinkischen Hause entflohen ist.

— Se. Excellenz der Herr Kanzler des Königreichs Preußen, Dr. jur. von Zander wird noch in diesen Tagen nach Berlin sich begeben, um seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen, da seine Anwesenheit gegenwärtig dringend geboten sein soll. Höchstwahrscheinlich wird die gleiche Anforderung auch an den Vertreter unserer Albertina im Herrenhause, Hrn. Geheimrath Prof. Dr. Voigt herangezogen sein. — Der neue Königsberger Landrath, Baron v. Hülfesheim wird am 1. t. M. in sein Amt eingeführt werden.

Insterburg, 12. Sept. Heute Mittag verkündete hier eine telegraphische Depesche aus Königsberg, daß diejenigen hiesigen Kreisrichter, welche wegen Verbreitung des bekannten Protestes gegen den Wabertab des Justizministers zur Untersuchung gezogen waren, weil angeblich die verbreiteten Exemplare nicht mit der Bezeichnung des Druckers versehen gewesen, — freigesprochen sind, indem jene Bezeichnung allerdings, aber in außerordentlich kleiner Schrift auf den betreffenden Drucksachen sich befindet. Uebrigens ist diese Untersuchung nicht zu verwechseln mit der Disziplinaruntersuchung, welche gegen sämtliche Unterzeichner jenes Protestes eingeleitet ist und deren Beendigung noch nicht stattgefunden hat.

— Ueblich der schon früher erwähnten Association der Tischler, hat sich jetzt eine solche Vereinigung in dem hiesigen Schneidergewerke gebildet. Dieselbe kauft das Tuch en gros ein und stellt somit den Kunden den Stoff beinahe zum Fabrikpreise. Auf diese Weise können die Consumenten ebenso wie bei den Garderobe-Magazinen Materie und Arbeit mit Vortheil aus einer Hand beziehen.

Stadt-Theater.

Die Direction handelt ganz im Interesse ihres Interesses, indem sie den herberufenen Künstlern sogleich beim Beginn der Saison Gelegenheit giebt, sich an den schwierigsten Aufgaben der dramatischen Kunst zu versuchen, wie das vorgestern und gestern der Fall war. Denn dadurch allein kann sie noch zur rechten Zeit die nöthige Einsicht über die Fähigkeit derselben gewinnen, um an eine nöthige Ausmerzung zu gehen und neue Engagements zu machen. In den Posen und leichtesten Lustspielen, die so sehr dem modernen Geschmack des Publikums zufagen, brilliren auch nicht selten höchst wirkungsvolle Talente, indem sie die trivialen Späße nach dem Vorbild einer andern Mittelmächtigkeit mit einer angelegenen Routine an den Mann bringen. Anders aber ist es mit der Darstellung der Werke unserer wirklichen dramatischen Schriftsteller, die mit denselben in den Entwicklungszugang unseres Culturlebens eingreifen. Hier erscheint die Bühne als das Soff, welches nur der ungestrafte zu beschreiten vermag, der seine Kunst durch unausgesetzten Fleiß gründlich erlernt hat und Meiter ist. Wir haben das auch gestern an der Darstellung des Guckow'schen „Arbild des Laruffes“, eines der geistreichsten Lustspiele der neueren dramatischen Literatur. Es waren in dieser mehrere Darsteller von Nebenrollen, die Kinnesweges schon die Übung haben, um sich auf der Bühne in einer Weise zu bewegen, die bei dem Zuschauer künstlerisches Behagen erweckt. Insbesondere aber auch nicht in Abrede zu stellen, daß mehrere der Mitwirkenden das Zugniß einer ruhmvollen künstlerischen Fertigkeit ablegten. So war Herr Ubrich in manchen Scenen ein vorrefflicher Lomougnon, und Herr Reuter repräsentirte den Minister Lionne durchweg mit Noblesse. Frau Director Rosa Fischer, welche wir hier hören, anstatt des bereits entlassenen Gräul. Bertram schnell die Rolle der Armande übernommen

Hatte und mit rauschendem Applause empfangen wurde, gab dieselbe mit künstlerischer Vollendung. Der Ludwig XIV. des Herrn Matthes hatte zwar französische Leichtigkeit, aber es fehlte ihm die königliche Würde, die mit jener Leichtigkeit zu vereinigen allerdings eine der schwersten Aufgaben der Darstellungskunst ist. Hr. Filsinger, der den Parlamentsrath Lefevre gab, gewann durch seine entsprechende Persönlichkeit ein lebhaftes Interesse. Der Mathieu des Herrn Weg konnte mit feineren Linien gezeichnet sein. Hr. Kurz zeigte als Moliere großen künstlerischen Eifer und erhielt wiederholten Beifall.

In dem darauf folgenden Stücke: „Das Versprechen hinter'm Heerd“ lernten wir die neu engagierte Soubrette, Fr. Gerber von einer sehr vortheilhaften Seite kennen; ihr Gesang zeigte von frischer Stimme und gewandter Vortragweise und ihr Spiel war so reich und lebendig, daß die junge Dame allgemeinen Beifall fand und zum Schlusse mit den mitwirkenden Herren Fary, Bieler und Klidermann gerufen wurde, welche letztere ebenfalls Bühnenroutine und Gesangstalent in ihrem Spiele an den Tag legten.

Affaire von Aspromonte.

Es liegen uns über die Affaire von Aspromonte zwei wichtige Aktenstücke vor: im genuinen „Movimento“ eine von Garibaldi selbst verfaßte Erklärung, und im „Diritto“ ein Bericht vom Garibaldi'schen Generalstabe.

Die Erklärung Garibaldi's lautet:

„An Bord des Duca di Genova, 1. Sept.
„Sie dürsteten nach Blut und ich wollte es sparen, sie, nicht der arme Soldat, der gehorcht, sondern die Männer der Coterie, die der Revolution nicht vergeben können, daß sie die Revolution ist und daß sie ebenfalls zur Konstitution unserer italienischen Familie etwas beigetragen hat.“

„Ja, sie dürsteten nach Blut, und ich bemerkte es mit Schmerzen und gab mir daher alle Mühe, um zu verhindern, daß das unseres Angreifers vergossen werde.“

„Ich lief unsere Front entlang und rief, man möge nicht schießen und vom linken Centrum, wo meine Stimme und die meines Adjutanten gehört werden konnte, fiel nicht ein einziger Schuß. So war es nicht von Seiten der Angreifer der Fall. Auf 200 Meter Entfernung begannen sie ein höllisches Feuer, und die mir gegenüber befindlichen Bersagliere richteten ihre Schüsse gegen mich und trafen mich mit 2 Kugeln, eine im Schenkel, die unbedeutend ist, und eine im Fußknochen, die eine schwere Wunde hervorbrachte.“

„Da alles dies beim Beginn des Kampfes geschah und ich verwundet nach dem Gebüsch getragen worden, so konnte ich nichts mehr sehen, indem ein dichtes Gedränge sich um mich bildete, während man mich verband. Ich kann aber mit gutem Gewissen bezeugen, daß bis zum Ende der Linie, wohin meine Stimme und die meines Adjutanten reichte, kein einziger Schuß fiel. Da man von unserer Seite nicht feuerte, so war es den Truppen leicht, sich zu nähern und sich unter die Waffengen zu mischen. Und da man mir sagte, sie versuchten es, uns zu entwandern, erwiderte ich, man möge vielmehr sie entwaffnen. Jedoch waren meine Gefährten so wenig feindlich gestimmt, daß ich in dem Gedränge nur einige wenige Offiziere und Soldaten entwaffnen lassen konnte. So ging es aber nicht auf unserem rechten Flügel. Die Picciotti, von den regulären Truppen angegriffen, erwiderten mit einer Salve auf der ganzen Linie; obgleich die Trompeten das Signal gaben, das Feuer einzustellen, entspann sich ein scharfes Kleingewehrfeuer, das indes auch nicht länger als eine Viertelstunde dauerte.“

„Meine Verwundung veranlaßte einige Verwirrung in unserer Linie. Unsere Soldaten, die mich nicht sahen, begannen sich in das Gebüsch zurückzuziehen, so daß allmählich die mich umgebende Menge sich zerstreute und nur meine Getreuesten bei mir zurückblieben. In diesem Augenblicke hörte ich, daß mein Stab und der Oberst Pallavicino über folgende Bedingungen unterhandelten:

1) Daß es mir mit meinem Stabe gestattet sei, mich frei zurückzuziehen, wohin ich wollte (ich antwortete, auf ein englisches Schiff); 2) daß unsere übrigen Gefährten, sobald sie an der Küste angekommen seien, in Freiheit gesetzt werden sollten.“

„Der Oberst Pallavicino hat sich in allen militärischen Bewegungen als tapferer und intelligenter Leiter benommen, und er hat es weder gegen mich noch gegen meine Leute an Rücksichten und Höflichkeit fehlen lassen. Er drückte seinen Schmerz darüber aus, italienisches Blut vergießen zu müssen, aber er hatte reuempfindliche Befehle erhalten und mußte gehorchen. Meine Anordnungen waren rein defensiver Natur und ich hatte gehofft, einen Conflict vermeiden zu können, unter Berücksichtigung unserer festen Stellung und in der Hoffnung, daß die regulären Truppen weniger blutige Vidres hätten. Wäre ich nicht gleich Anfangs verwundet worden, und hätten nicht meine Leute unter allen Umständen den Befehl erhalten, stets jeden Zusammenstoß mit den Truppen zu vermeiden, so hätte der Kampf unter Männern desselben Volkes sich endlich werden können. Inzeshalb ist besser so. Was auch der Ausgang meiner Verwundung sein, welches Los mir die Regierung vorbe-

halten haben mag, ich habe das Bewußtsein, meine Pflicht gethan zu haben, und das Opfer meines Lebens ist gering, wenn es dazu beigetragen, das einer guten Anzahl meiner Mitbürger zu erbalten.“

„Bei der gewagten Unternehmung, in die ich und meine Gefährten uns gestürzt hatten, hoffte ich nicht Gutes von der Regierung Katazzi's. Aber warum hätte ich nicht weniger Strenge von Seiten des Königs hoffen sollen, da ich in Nichts das alte Programm geändert hatte und entschlossen war, es in Nichts zu ändern? Was mich am meisten betrübt, ist dieses verhängnisvolle Mißtrauen, das nicht wenig dazu beiträgt, das Werk der italienischen Einheit unvollendet zu lassen.“

„Wie es auch sein mag, auch dieses Mal stelle ich mich vor Italien mit aufgerichteter Stirn, gewiß, meine Pflicht gethan zu haben. Auch dieses Mal ist mein Leben, auf das am Ende wenig ankommt, und das viel werthvollere von so vielen hochherzigen jungen Leuten der heiligsten Sache als Opfer geboten worden, rein von jedem individuellen Interesse.“ G. Garibaldi.“

(Fortf. folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

16	4	338,66	+ 14,5	N. frisch u. bewölkt.
17	8	339,16	11,9	N. mäßig und do.
12		339,71	13,3	N.W. frisch, Zenith klar, Rimm. bewölkt.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 17. September:

C. Utpatel, Union, v. Havre m. Gyps. H. Barth, Flora, v. Cardiff m. Schienen. G. Hoob, Zuma, v. Leith; N. Hingmann, Europa, v. Middlebro; J. Mund, H. Hawig, v. Grimsby; C. Rabnert, Friedtke, v. Sunderland; S. Kellhoff, Elise, v. Boston u. A. Veng, Julius, v. Hull m. Kohlen.

Producten-Verichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig vom 17. Septbr. Weizen, 42 Last, 131 Pfd. fl. 550, 130. 34 Pfd. fl. 540 pr. 85 Pfd., 127 Pfd. fl. 515, 83 Pfd. 25 Lth. fl. 535 pr. 85 Pfd. Roggen, 126 Pfd. fl. 342, 124 Pfd. fl. 342, 127 Pfd. fl. 345, 122 Pfd. fl. 342, fl. 339 pr. 125 Pfd. Gerste, 117 Pfd. fl. 300, 114 Pfd. fl. 288, 107, 108 u. 109 Pfd. fl. 264, 106 und 107 Pfd. fl. 258. Erbsen, fl. 324, fl. 325.

Ehorn passiert und nach Danzig bestimmt vom 13. bis incl. 16. September: 104 Lasten Weizen, 30 E. Roggen, 81 E. Rübsaat, 9611 Stück sichtige Balken.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause: Sr. Königl. Hoheit Prinz Adalbert v. Preußen und Hauptm. u. Adjutant Ritter a. Berlin. Hauptm. a. D. Gwalt a. Savadna. Gutsbes. v. Zpenlyz n. Gem. aus Gelsenstein. Kaufl. Winger a. Tierlohn und Seligsohn a. Samoczyn.

Hotel de Berlin:

Deconom Petrich a. Liebenau. Kaufl. Feuerstein a. Thorn, Häselinger a. Frankfurt a. M., Ruprecht, Siemens u. Albrecht a. Berlin.

Walter's Hotel:

Oberst a. D. v. Nagler a. Borkow. Ger.-Assessor Billroth a. Berlin. Rittergutsbes. Kummer a. Kobene u. Telschow a. Branno. Gutsbes. Schull a. Kl. Montau und Köbrig a. Mirchau. Prediger Griesel a. Carthaus. Lehrer Warmke a. Neustadt. Kaufl. Koch a. Mainz und Dunkelbach a. Berlin.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. du Bois a. Ludoczyn. Gutsbesitzer Fabricius a. Heldrungen. Pr.-Lieut. im 26. Inf.-Regt. Lenge a. Magdeburg. Sec.-Lieut. i. Artill.-Regt. Haack a. Celberg. Kaufl. Böhmer a. Leipzig, Gerhardt aus Dresden, Grafmann a. Aachen, Wernsbach a. Mannheim, Richter u. Schäffer a. Berlin. Literat Wolowski a. Bromberg.

Hotel de Thorn:

Heppenhändler Rugner a. Neutomysel. Rittergutsbes. v. Wagenhoff a. Donkwy i. Schlesien. Steuer-Inspect. v. Wagenhoff n. Gem. a. Lauenburg. Lieut. v. Wagenhoff a. Brieg. Gutsbes. v. Kowalski a. Erzwin und v. Jakowski a. Seudryz. Kadetten z. S. St. Majestät Schiff Gazelle v. Hollem, v. Morstein v. Koppy, Dietert, Satrii, Köster u. Graf v. Reichenbach.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 18. Sept. (1. Abonnement No. 2.) Eine Parthie Piquet. Lustspiel in 1 Act von Journer. Hierauf: Badefuren. Lustspiel in 1 Act von Püttlig. Zum Schluß: Sachsen in Preußen. Vaudeville in 1 Act. Freitag, den 19. Sept. (1. Abonnement No. 3.) Lucrezia Borgia. Große Oper in 3 Acten von Donizetti.

Geldschranke, diebesicher und feuerfest, elegant gearbeitet, von 60 Thlr. an, stehen zum Verkauf **Langgarten No. 23.**

Es können noch 1-2 Pensionaire freundliche Aufnahme finden. Nähere Auskunft ertheilt glütigst Herr Archidiaconus Dr. Höpfer.



Einige 1/1, 1/2 und 1/4 Preussische Lotterie-Loose, sowie Antheile zu 1, 2, 3, 4 und 5 Thlr. habe ich noch billigtens abzulassen.

Stettin.

G. A. Kaselow, gr. Oberstraße No. 8.

Dank und Bitte.

Es ist uns eine große Freude, berichten zu können, daß das erste Concert für die Veteranen aus den Freiheitskriegen eine große Theilnahme gefunden hat.

Die Einnahme beträgt 304 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf.
Die Ausgabe 57 „ 23 „ 6 „

Wir sagen Allen, die bei diesem Concerte mitgewirkt, namentlich den Herren Schützen und den Musikbären, unsern freundlichsten Dank. Die Zahl der hilfsbedürftigen Veteranen im Danziger Stadt- und Landkreise ist eine große. Wir hoffen sowohl durch Concerte als durch Verkauf von Handarbeiten und andere Gegenstände eine dem Zwecke angemessene und erfreuliche Einnahme zu erzielen. Es ergeht daher an alle Frauen und Jungfrauen, wie überhaupt an alle Wohlthäter des Stadt- und Landkreises die ergebene Bitte, an die Unterzeichneten bis zum 1. November d. J. Gegenstände aller Art gefälligst einreichen zu wollen. Als die jetzt ergrauten Krieger in den Freiheitskampf auszogen, fanden sie eine allgemeine Theilnahme. Wir hoffen auch jetzt für sie eine allgemeine Theilnahme zu finden, um ihnen den Lebensabend ein wenig zu erleichtern.

Gerne sind wir daher bereit, sowohl einmalige als jährliche Beiträge zur ferneren Unterstützung in Empfang zu nehmen. Gottes Segen möge auf allen Gaben ruhen. — Vorläufig zeigen wir noch an, daß wahrscheinlich am 15. October ein großes Orgelconcert, verbunden mit Gesangpartieen, zur Aufführung kommen wird. Nächstens werden wir das Nähere hierüber mittheilen.

Danzig, den 10. September 1862.

Der Frauenverein zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Veteranen aus den Freiheitskriegen 1813-15.

- | | | |
|---|---|---|
| C. v. Baczkó,
Langgarten 56. | Ch. v. Blumenthal,
Langgarten 47. | S. v. Borcke,
Gouvernements-Gebäude. |
| N. Behrend,
Brodbänkengasse 28. | C. Collas,
Krebsmarkt 7. | M. Kfert,
Langenmarkt 14. |
| M. v. Branchitsch,
Geist. Geisigasse 117. | C. Brinkmann,
Zepengasse 18. | F. Goldschmidt,
Brodbänkengasse 38. |
| J. v. La Chevallerie,
Langgarten 47. | B. v. Ernst,
Fleischergasse 40. | A. Karmann,
Barb.-Kirchhof 4. |
| M. v. Gröben,
Heumarkt 8. | C. Janken,
Vorst. Graben 34. | A. v. d. Osten-Sacken,
Voggenpuhl 43. |
| C. v. Lyncker,
Altst. Graben 92. | J. Normann,
Langenmarkt 3. | C. v. Rohr,
Hundegasse 25. |
| M. Pimko,
Langenmarkt 29. | J. Napelinus,
Fleischergasse 60. | C. v. Tiedemann,
Steindamm 2. |
| K. v. Selchow,
Langgarten 43. | J. Temmstädt,
Neugarten 27. | S. v. Wurmb,
Langgarten 46. |
| S. Wantrup,
Weidengasse 43. | | |

Berliner Börse vom 16. September 1862.

	Zf.	St.	Gld.		Zf.	St.	Gld.		Zf.	St.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4 1/2	102 1/2	102	Ostpreussische Pfandbriefe	4	—	99 1/2	Rönigsberger Privatbank	4	100 1/2	—
Staats-Anleihe v. 1859	5	108 1/2	107 1/2	Pommersche do.	3 1/2	92	91 1/2	Pommersche Rentenbriefe	4	100 1/2	99
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4 1/2	100	99 1/2	do. do.	4	101 1/2	100 1/2	Posensche do.	4	—	99 1/2
do. 1854, 55, 57	4 1/2	102 1/2	102 1/2	Posensche do.	4	104 1/2	104 1/2	Preussische do.	4	—	99 1/2
do. v. 1859	4 1/2	103	102 1/2	do. neue do.	3 1/2	—	99	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4 1/2	—	120 1/2
do. v. 1856	4 1/2	102 1/2	102 1/2	Westpreussische do.	4	99 1/2	99 1/2	Oesterreich. Metalliques	5	56 1/2	—
do. v. 1853	4	100 1/2	100 1/2	do. do.	3 1/2	89	88 1/2	do. National-Anleihe	5	66	65 1/2
Staats-Schuldscheine	3 1/2	91 1/2	91	do. do.	4	99 1/2	99 1/2	do. Prämien-Anleihe	4	72	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3 1/2	—	127 1/2	do. neue do.	4	—	99 1/2	do. Prämien-Obligationen	4	85 1/2	84
Ostpreussische Pfandbriefe	3 1/2	—	—	Danziger Privatbank	4	—	102 1/2	do. Cert. L.-A.	5	—	94 1/2